

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 5.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Waußpreis für Halle und Querfurt 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich auswärts. — Gratzig-Beleggen: Halle'scher Kurier (tägl. Beilagenbeleg), 32. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeleg), Saub. Mitteilungs.

Zweite Ausgabe

Hausgebühren für die regelmäßigen Abonnements oder deren Stamm für Halle u. den Gaußkreis 20 M., auswärts 20 M., außerdem ein Betrag des reaktionären Zeits 100 Reichsmark. Angelegenheiten bei der Expedition in Halle a. S., und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 156; Nebentelephon 1272. Telephon Dr. Walter'schen Besuchen in Halle a. S.

Donnerstag, 4. Januar 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Ackerstr. Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Wie sollen wir wählen?

In dem diesmaligen Reichstagswahlkampf werden den Wählern von den einzelnen Parteien reichhaltige Programme unterbreitet, unter denen in den meisten Blättern die Gestaltung unserer künftigen Wirtschaftspolitik leiber noch immer einen nur geringen Raum einnimmt. Trotzdem ist diese Gestaltung doch der Hauptpunkt, um den sich der ganze Kampf drehen wird. — Denn der künftige Reichstag wird voraussichtlich, wenn er nicht wegen Verweigerung militärischer oder maritimer Notwendigkeiten frühzeitig der Auflösung verfällt, unsere handelspolitischen Beziehungen zu dem Ausland neu zu regeln haben. Was wir in dieser Beziehung vielfach zu erwarten haben, lassen die Schlagwörter: „Aufhebung der Schutzzölle resp. allmählicher Abbau derselben“ deutlich erkennen, und zwar nicht nur der Agrarzölle, sondern auch der Industriezölle, worauf nachdrücklich hingewiesen werden muß.

Als hervorzuhebendes Merkmal im Wahlkampfe tritt der Gegensatz zwischen der Stadt und Land, oder richtiger ausgedrückt, der Gegensatz zwischen den Großstädten und der Landwirtschaft deutlich in die Erscheinung. Und doch bestehen zwischen beiden so enge Wechselbeziehungen, welche allerdings oft vernachlässigt werden, daß es sich einmal verlohnt, diese Wechselbeziehungen näher zu beleuchten.

Als bekannt ist vorauszuschiden, daß Deutschland im Jahre 1880 vom Freihandel zum Schutzzoll überging, der zunächst wegen seiner geringen Höhe den Zweck nicht erreichen konnte, unsere Landwirtschaft gegen die Konkurrenz des Auslandes genügend zu schützen. Erst seit dem Jahre 1894 kann man bei gleichzeitiger Einführung der Einfuhrzölle von einem ausreichenden Schutze sprechen. Die Auswanderungspolitik spricht da eine berechtigte Sprache. Nachdem bei bedeutend geringerer Bevölkerungsziffer die Auswanderung unter dem 1 M. (bis 100 Kilogramm) Zoll für Getreide 1881 auf 210 000 Köpfe gestiegen war, fiel sie unter dem 3 M. Zoll auf 110 000 Auswanderer im Durchschnitt und hielt sich auch während der 5 M. Zollperiode ungefähr auf gleicher Höhe. Erst im Jahre 1894 mit Aufhebung des Identitätsnachweises und mit Einführung der Einfuhrzölle fiel die Auswanderung rapid und gilt auf 20 000 Köpfe im Jahre 1910 trotz der bedeutend größeren Bevölkerungsziffer herab. Diese geringe Ziffer fällt bei 65 Millionen Einwohnern überhaupt nicht ins Gewicht, da die Auswanderung aus Mangel an Subsistenzmitteln nur einen Teil dieser Auswanderer ausmacht.

Der Hauptwert der Agrarzölle liegt eben darin, daß die Landwirtschaft unter dem Schutze der Zollschranken zur intensiven Wirtschaft übergehen und so die Produktion in verhältnismäßig höherem Maße steigern konnte, als die rapid zunehmende Bevölkerung stieg, sowie daß dadurch ein fauchfrüchtiger Inlandsmarkt für die Erzeugnisse unserer Industrie geschaffen wurde, der die Erschütterung auf dem Weltmarkte für die Industrie niemals katastrophal werden ließ.

In welcher Weise der allgemeine Wohlstand gewachsen ist, lehrt ein Blick auf die Zunahme der Sparfaktungsbücher im letzten Decennium. Während dieselben für Deutschland 1900 bereits 8800 Millionen betragen, stiegen sie 1910 auf 1634 Milliarden, von denen auf Preußen allein weit über 11 Milliarden entfallen!

Interessant ist zu sehen, wie diese großen Kapitalien angelegt sind. Nach der preussischen Statistik sind ca. 40 Proz. in städtischen, ca. 20 Proz. in ländlichen Hypotheken, circa 12 Proz. in öffentlichen Instituten (Gemeinden usw.) angelegt; d. h. auf das Reich übertragen: es sind ca. 634 Milliarden in städtischen Hypotheken angelegt, von denen die Hauptsumme auf die Großstädte entfällt. Berücksichtigt man ferner die Anlagen in Hypothekendarlehen, welche von 1900 bis 1910 von 634 Milliarden auf 1034 Milliarden gewachsen sind, — abgesehen von 384 Millionen Kommunaldarlehen — fast ausschließlich in Hypotheken angelegt sind, von denen wiederum die Hauptsumme auf die Großstädte entfällt, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß der Ausbau der Großstädte und ihr erstaunliches Wachsen nur durch diese Mittel ermöglicht wurde, durch die Spargelder, welche während der heutigen Wirtschaftspolitik

den Sparbanken und den Hypothekenbanken in stetig steigendem Maße von der Arbeiterschaft und dem Mittelstande zuzuflossen!

Sollte durch den Ausfall der Wahlen am kommenden 12. Januar eine Mehrheit für die Abschaffung oder den Abbau der Zölle entstehen, so muß man sich die Frage vorlegen, ob die günstige Entwicklung der Sparkraft und ihre eben geschilderte Einwirkung auf die Großstädte nicht in Frage gestellt ist.

Sicher ist zunächst eins: Der Anreiz wird fortfallen, die großen Ländereien, welche unter dem Schutze der Zölle unter Pflug genommen worden sind, bei dem Risikoschrankenlosem Ueberflutung des Inlandes mit ausländischem Getreide, weiter zu bestellen; es wird als ausgeschlossen gelten müssen, daß die großen Weidländer Deutschlands der Kultur gewonnen werden. Und dabei sind diese Weidländer so ausgedehnt, daß sie nach seriösen Berechnungen 10 Millionen Menschen zu ernähren imstande sind und infolgedessen auf eine Reihe von Jahren unseren Geburtenüberschuß aufnehmen bzw. ernähren könnten!

Durch einen etwaigen Fortfall der landwirtschaftlichen Zölle wird naturgemäß eine Entwicklung eintreten, wie sie in England sich bereits vollzogen hat: Die Ernährung der Bevölkerung ist unter Fortfall der Kaufkraft des inneren Marktes auf den Import von Getreide und Fleisch angewiesen!

Da gleiche Ursachen stets gleiche Wirkungen auslösen, würden wir sich fortgesetzt immer steigende Mengen von Lebensmitteln einführen müssen, wir müßten also unter Zugrundelegung der englischen Einfuhr an Lebensmitteln jährlich ca. 4 Milliarden gegen ca. 1/2 Milliarden im Jahre 1908 an das Ausland gehen!

Die natürliche Folge hiervon würde sein, daß die Sparkraft der Bevölkerung allmählich verfliegen müßte und daß letztere genötigt wäre, die Spargroschen abzulegen. Hierdurch würden die Sparbanken gezwungen werden, ihre Anlagen je länger je mehr einzuschränken und u. a. die für Hypotheken ausliegenden Kapitalien zurückzugeben.

Finanztechnisch ist es aber ohne die größten Erschütterungen des Geldmarktes nicht möglich, so gewaltige Summen, wie sie hierbei in Frage kommen, zurückzugeben, da einerseits die Hypotheken nicht schnell genug flüssig zu machen sind und andererseits ein anderweitiger Ersatz für die Hypotheken vollständig fehlt. Stehen doch beispielsweise den deutschen Hypothekenbanken nur ca. 281 Millionen flüssige Mittel zur Verfügung (darunter noch 184 Millionen Reichs- und Staatsanleihen), in gleicher Weise sind die flüssigen Mittel der Sparbanken sehr beschränkt und stehen in keinem Verhältnis zu der Höhe der Sparsummen.

Eine Verringerung unserer Wirtschaftspolitik würde daher in ihren letzten Folgen die Städte und insbesondere die Großstädte treffen. Und dies in einer überaus nachhaltigen und einschneidenden Weise! Denn dem auf den Fortfall der Getreidezölle zunächst eintretenden Nachlassen der Lebensmittelpreise und der hierdurch erzielten Ersparnis in der Lebenshaltung steht der soeben nachgewiesene gewaltige Verlust an Kapitalvermögen gegenüber. Es erscheint somit der Schluss berechtigt: selbst in dem äußerst unwahrscheinlichen Falle, daß die Verbilligung der Lebensmittel nicht vorübergehend, sondern dauernd wäre, wäre doch hiermit der sichere Verlust des Wohlstandes fast der gesamten Bevölkerung zu teuer erkauft. D. Schmidt.

Geneuerung und Arbeitslöhne.

In wie hohem Maße die Politik gleichmäßigen wirksamen Schutzes aller Zweige der heimischen schaffenden Arbeit gerade der deutschen Arbeiterschaft zum Segen gereicht hat, zeigt der Vergleich des Wachstums des Arbeitslohnes und der Steigerung der Preise der Lebenshaltung. Seit dem Uebergange des Reiches zum Schutzzoll sind nach den sorgfältigsten, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhenden Untersuchungen der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Bergrevier die Löhne der Bergarbeiter, die bis zu einem gewissen Grade ein richtiges Bild von der Entwicklung der gesamten Lohnverhältnisse zu geben vermögen, in der Zeit von 1875 bis 1910 um durchschnittlich 75 v. S. gestiegen, ja bis zum Jahre 1907, von wo ab infolge der Abschaffung ein getwollter Rückgang der Löhne zu verzeichnen ist, betrug die Steigerung sogar 100 v. S. In demselben Zeitraum stiegen die Preise

der Lebensmittel im Durchschnitt um 23 v. S. Die dadurch herbeigeführte Verteuerung der Lebenshaltung wurde daher um das Mehrfache durch das Anwachsen der Arbeitslöhne überwogen. Dazu kommt, daß in diesem Zeitraum die Preise der Kleidung, der Beleuchtung, gewisser Genussmittel, Bier, Brauntwein, feinerer Steigerung erfahren haben. In dem sozialdemokratischen Parteiblatt wird zwar eine Gegenrechnung aufgemacht, wonach hauptsächlich in dem letzten Jahrzehnt die Preise wichtiger Lebensbedürfnisse stärker gestiegen sein sollen als die Löhne; zu diesem Ergebnis kommt das sozialdemokratische Blatt aber lediglich dadurch, daß es als Anfangspunkt dieser Periode eine Zeit industrieller Hochkonjunktur und als Endpunkt die einer schweren Absatzflutung einstellt. Mit dieser Methode gelangt man naturgemäß in bezug auf die steigenden Arbeitslöhne zu künstlich niedrigen Sätzen und erreicht so durch tendenziöse Gruppirung an sich richtiger Zahlen ein der Wirklichkeit durchaus widersprechendes Bild. Zu einem völlig abschließenden Urteil in bezug auf die Wirkungen unserer Schutzpolitik für unsere Arbeiterschaft gelangt man aber, wenn man auch noch einen Blick auf die Entwicklung der entsprechenden Verhältnisse in dem Freihandelsland England wirft. Dort ist in dem letzten Jahrzehnt eine solche Steigerung der Preise der Lebenshaltung eingetreten, daß das, was eine Arbeiterfamilie sich früher in Lebensbedürfnissen für 1 Pfd. Sterling kaufen konnte, jetzt mit nahezu 2 1/2 Pfund bezahlet werden muß. In diesem Zeitraum hat sich aber nach den Angaben der sachkundigen englischen Statistiker selbst in den bestbezahlten Gewerben der Arbeitslohn um kaum 2 v. S. gehoben; in manchen Gewerben ist er sogar rückläufig geworden. Diese Sachlagen berechtigen daher wohl zu dem Schlusse, daß unter der Herrschaft unseres Schutzsystems die Einkommens- und Lebenshaltungsbekämpfung der deutschen Arbeiter sich ungleich befriedigender entwickelt haben als in England unter der Herrschaft des Freihandels.

Deutsches Reich.

* Deutschland und der italienisch-französische Marokkovertrag. In einigen Tagen werden die Memoiren des früheren italienischen Ministers des Auswärtigen in jetzigen Erscheinung. Die Aufzeichnungen verdienen im höchsten Grade viel Interesse, weil sie nähere Einzelheiten über den italienisch-französischen Afford enthalten. Am interessantesten aber sei, so schreibt die „R. C.“, die Unterredung des Ministers des Auswärtigen mit dem deutschen Reichskanzler von Bülow, in der dieser erklärte, daß Deutschland keine Absichten auf Marokko habe und Italien deshalb ruhig einen Vertrag mit Frankreich über Marokko abschließen könne. Wie bekannt, wurde dann einige Tage später der italienisch-französische Afford abgeschlossen.

* Der Reichstag empfing am Dienstag den Besuch des japanischen Botschafters Kotoji Sugimura und den Besuch des österreichisch-ungarischen Botschafters Grafen Szöghonyi-Rath.

* Der Kammerherr Frhr. Hugo v. Ewigberg ist unter Verleihung des Charakters als Kammersekretär zum Kammersekretär und Schatzkammerverwalter der Kaiserin ernannt worden.

* Innungswesen. In Preußen bestanden, wie die „Neue politische Correspondenz“ mittelt, nach der neuesten amtlichen Zusammenstellung 5903 freie Innungen; 3005 Innungsinnungen und 310 Innungsausgänge. Gegen das Jahr 1902 ist die Zahl der freien Innungen um 221, die der Innungsinnungen um 824, die der Innungsausgänge um 170 gestiegen.

* Königl. Fortbildungsschulen und das Deutschtum im Osten. Wie mitgeteilt wird, machen die ländlichen Fortbildungsschulen besonders im Osten des Reiches sehr bedeutende Fortschritte und haben erwieben, was auf die Pflege des Deutschtums in der Ostmark einen großen Einfluß. In Polen betragen jetzt in fast allen deutschen Gemeinden ländliche Fortbildungsschulen, nachdem vor kurzer Zeit drei neue Schulen gegründet worden sind, die sich als eine Notwendigkeit erwiesen. Neben Polen zeigt auch Schlesien ein bedeutendes Aufblühen der ländlichen Fortbildungsschulen. Hier sind im Jahre 1910 nicht weniger als 75 neue ländliche Fortbildungsschulen geschaffen worden. Auch hier bilden diese Schulen in sehr vielen Fällen auf dem Lande einen Mittelpunkt des deutschen Geisteslebens.

* Neue Bestimmungen über Landwirte in den Kolonien. Ueber neue Bestimmungen für die Annahme von Landwirten zum Dienste in den deutschen Schutzgebieten kann eine Korrespondenz in Betätigung von Mitteilungen der D. L. G. folgendes berichten:

Für die Stellung der landwirtschaftlichen Sachverständigen ist in Zukunft das Bestehen einer deutschen neunklassigen Schule erwünscht und bei Kenntnis der englischen Sprache erforderlich. Die Bewerber müssen die Prüfung für das landwirtschaftliche Lehramt an den dafür zuständigen Universitäten in Preußen, Bayern, Sachsen, Sachsen-Weimar oder Oesterreich die Diplomprüfung an der landwirtschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule in München oder der landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim abgelegt haben. Es genügt auch die Doktorwürde nach dreijährigem Studium der Land-

